

| | | | |
|---------------------------|---|--------------------------|----------|
| Protokoll: | Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart | Niederschrift Nr. | 15 |
| | | TOP: | 3 |
| Verhandlung | | Drucksache: | 247/2021 |
| | | GZ: | |
| Sitzungstermin: | 30.04.2021 | | |
| Sitzungsart: | öffentlich | | |
| Vorsitz: | BM Pätzold | | |
| Berichterstattung: | - | | |
| Protokollführung: | Herr Haupt / fr | | |
| Betreff: | Konzept Stuttgarter Mobilitätswoche 2021 | | |

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 13.04.2021, GR Drs 247/2021, mit folgendem

Beschlussantrag:

Dem Konzept für die Durchführung der "Stuttgarter Mobilitätswoche" im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche (16. bis 22.09.2021) wird zugestimmt.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

StR Peterhoff (90/GRÜNE) betont, es sei bereits ausführlich über die Gestaltung des Autofreien Sonntags diskutiert worden. In die Vorlage seien die zusätzlich beschlossenen Punkte mit aufgenommen worden, womit das Ziel eines Autofreien Sonntags erreicht sei. In den Stadtbezirken würden ebenso entsprechende Veranstaltungen durchgeführt, was seine Fraktion begrüße. Er äußert die Bitte, hinsichtlich der Veranstaltungen in den Stadtbezirken auf diese dezidiert zuzugehen. Somit könnten kleinere Events durchgeführt und Nebenstraßen abgesperrt werden (z. B. Stuttgart-West, Augustenstraße). Da der Autofreie Sonntag im letzten Jahr ausgefallen sei, seien die hierfür vorgesehen Mittel nicht abgerufen worden. Es sei daraufhin diskutiert worden, dass die Verwaltung diese Mittel für das Projekt "Barcelona-Superblock" bereits nun umschich-

ten und nicht erst die Haushaltsberatungen abwarten solle. Er erkundigt sich nach den Kosten für die Mobilitätswoche und nach der Art der Maßnahmen (z. B. Verkehrszählung, Möblierung usw.). Die Verwaltung habe bereits Termine mit den Stadtbezirken vorgesehen, betont Herr Forderer (S/OB-Mobil). Somit werde sehr eng mit den Stadtbezirken ebenso wie mit anderen Organisatoren zusammengearbeitet. Hinsichtlich der Straßensperrungen sollten u. a. Maßnahmen wie Spielstraßen in den Stadtbezirken durchgeführt werden. Dabei solle nicht lediglich ein Innenstadtfestival organisiert werden. Bezüglich der Mittelverwendung für das Projekt "Barcelona-Superblock" führt Herr Forderer aus, die Finanzlage der Stadt sei etwas angespannt. Daher habe die Stadtkämmerei die Referate gebeten, möglichst wenige Ermächtigungsübertragungen aus dem letzten Jahr in das laufende Jahr durchzuführen. Daher habe die Verwaltung darauf verzichtet und die Restmittel freigegeben. Im diesem Jahr seien jedoch genügend finanzielle Mittel für das Projekt vorhanden, da die für die Mobilitätswoche vorgesehenen 1,14 Mio. Euro nicht benötigt würden - selbst mit Einbeziehung eines kostenlosen ÖPNV. Die Umsetzung des Projekts solle zügig gestartet werden. Hierfür würden finanzielle Mittel für ein Planungsbüro benötigt, welches die konkrete Planung bis hin zu den Verkehrszeichen und zur Möblierung übernehme. Die gestalterische Planung solle die Aufenthaltsqualität deutlich verbessern. Für die Kosten des Planungsbüros sowie der Grundmöblierung sollten die Stadträtinnen und Stadträte einen finanziellen Rahmen vorgeben. Die Restmittel würden dann für die Mobilitätswoche verwendet. Dieses könne in einer der nächsten Sitzungen so beschlossen werden, da die Verwaltung noch eine Vorlage hinsichtlich des ÖPNV unterbreiten solle.

StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) betont, hinsichtlich des Konzepts der Mobilitätswoche müsse aufgrund des Pandemiegeschehens flexibel reagiert werden. Vorteilhaft sei es, die Möglichkeiten der alternativen Mobilität näher bei der Bürgerschaft platzieren zu können. Lediglich sei es kritisch einzuschätzen, dass der Begriff "Autofreier Sonntag" nicht in der Namensgebung enthalten sei und die Verkehrswende zu Fuß, Fahrrad und Bahn nicht klar hervortrete. Jedoch seien die im Konzept enthaltenen Bausteine sinnvoll und er hoffe, viel öffentlicher Raum werde autofrei erlebbar. Neben Spielstraßen in den Stadtbezirken sollten zentrale Einkaufsstraßen ebenso autofrei erlebbar gestaltet werden. Herr Forderer führt aus, die Begrifflichkeit der Mobilitätswoche in diesem Jahr werde sich ebenso auf die nächsten Jahre auswirken. Diejenigen Städte, die eine Mobilitätswoche durchführten, würden diese als Festival deklarieren und weniger als Mobilitätsmaßnahme.

Es bestehe bei der für eine Woche vorgesehenen Mobilitätswoche die Chance, so StR Rockenbauch, den Verzicht auf das Auto statt auf einen Tag auf mehrere Tage auszudehnen, da es vorteilhaft sei, dezentral an mehreren Tagen auf das Auto zu verzichten. Bei einer autofreien Spielstraße mit einem Event würden sich Kinder möglicherweise erst am zweiten oder dritten Tag auf diese zum Spielen trauen. Falls Anträge aus den Stadtbezirken eingingen, eine Straße über mehrere Tage für Autos zu sperren, begrüße dies seine Fraktion. Es sei interessant, dass die die Mobilitätswoche planende Personalstelle in der Verwaltung befristet sei. Es sei sinnvoll, bereits zum jetzigen Zeitpunkt über diese Befristung zu diskutieren, statt in der Vorlage die Vergabe der Planung für die Jahre 2022/2023 an ein externes Büro zu beschließen. Zudem sei es nicht richtig, auf die bereits vorhandene Kompetenz in der Stadtverwaltung für die Planung der Mobilitätswoche nach Ablauf der Befristung zu verzichten. Vielmehr solle die Stelle erhalten bleiben, statt finanzielle Mittel für externe Dienstleister ausgeben zu müssen. Ein Beschluss hinsichtlich dieser Stellenverlängerung erst in den Haushaltsberatungen für das Jahr 2022 sei möglicherweise zu spät, da die Stelle zunächst nicht besetzt werden

könne. Daher solle bereits zum jetzigen Zeitpunkt beschlossen werden, die Stelle weiterhin zu besetzen. Er habe die Ausführungen zum Superblock von Herrn Forderer in der Art und Weise aufgefasst, dass Restmittel aus dem vorherigen Jahr nicht mehr zur Verfügung ständen, da die Stadtkämmerei möglichst geringe Ermächtigungsübertragungen wünsche. Dies wäre jedoch positiv zu bewerten gewesen, da mehr finanzielle Mittel für einen kostenlosen ÖPNV zur Verfügung gestanden hätten. Der Gemeinderat und die Verwaltung sollten daher aus dem Budget des Autofreien Sonntags Mittel für den Superblock umschichten. Hinsichtlich des Kostenrahmens werde eine konkrete Vorlage bis zu den Haushaltsberatungen benötigt. Herr Forderer betont, die das Thema Mobilitätswoche bearbeitende Mitarbeiterin, Frau Dotzer, würde es erfreuen, falls ihr befristeter Vertrag verlängert würde. Auch bei einer Fremdvergabe verbleibe bei der Verwaltung ein hoher Eigen- und Koordinierungsaufwand.

StR Körner (SPD) zeigt sich nicht damit einverstanden, die nicht abgerufenen Restmittel für den Autofreien Sonntag aus dem vorherigen Jahr in Höhe von 1,14 Mio. Euro aufzugeben und nicht für die Stuttgarter Mobilitätswoche 2021 zu nutzen. Da im Juli dieses Jahres über den Jahresabschluss und die Restmittel entschieden werde, könne diese Entscheidung noch verändert werden. Insbesondere sei er aus dem Grund nicht einverstanden, da er für den kostenlosen ÖPNV gerade in der Mobilitätswoche werben wolle. Die Formulierung auf Seite 7 der Beschlussvorlage "... die Ausweitung des kostenlosen ÖPNV auf mehr als einen Tag ..." fasse er in der Form auf, das Konzept beinhalte mindestens einen kostenlosen ÖPNV-Tag. Weiter sei aufgeführt "... ist denkbar, aber mit SSB und VVS abzustimmen. So könnten mehr Menschen motiviert und damit gleichzeitig der lokale Handel unterstützt werden. Die Verwaltung steht mit SSB und VVS in Kontakt, um mögliche Modelle und Angebote auf deren Umsetzbarkeit zu prüfen." Angesichts der bereits mehrfach über dieses Thema geführten Diskussionen, äußert er die Bitte, die Verwaltung möge in der nächsten Woche konkretere Ausführungen über diesen Aspekt machen. Seine Fraktion begrüße einen kostenlosen ÖPNV in der gesamten Mobilitätswoche. Falls hierfür die Restmittel aus dem Jahr 2021 mobilisiert werden müssten, sollten diese aufgebracht werden, auch wenn diese für die gesamte Woche möglicherweise nicht ausreichen würden. Bis zum September seien die Impfungen voraussichtlich weit fortgeschritten und somit sei die Infektionslage dadurch möglicherweise deutlich verbessert. Dennoch hätten einige Bürger*innen bis dahin noch Bedenken, mit Bahnen und Bussen zu fahren. Daher sei ein kostenloser ÖPNV das geeignete Mittel, diese Fahrten wieder zu forcieren. Herr Forderer betont, im vergangenen Jahr hätten die Kosten für den Autofreien Sonntag 200.000 Euro betragen. Der VVS befinde sich derzeit in einer schwierigen finanziellen Situation und sei daher vorsichtig mit verbindlichen Zusagen. Der VVS könne sich eine Mischung aus kostenlosen Tages-Tickets und Tagen mit besonderen Ticket-Angeboten (z. B. Ganztages-Tickets, 5-Personen-Tickets usw.) vorstellen. Herr Forderer bietet an, dass die Verwaltung in der kommenden Woche über entsprechende Optionen mit den jeweiligen Kosten berichtet. Ein Tag kostenloser ÖPNV verursache Kosten in Höhe von mindestens 200.000 Euro. BM Pätzold ergänzt bezüglich der Mittelverwendung, die entsprechende Vorlage werde noch im Verwaltungsausschuss behandelt.

StR Rockenbauch betont, gerade in der derzeit schwierigen Situation der VVS und der SSB sei ein kostenloser ÖPNV aktuell so kostengünstig wie noch zu keiner Zeit, da die Ticket-Einnahmen sehr rückläufig seien. Real entstehe ein Verlust lediglich aufgrund der ausfallenden Einnahmen der gering verkauften Tages-Tickets. Daher sei die Rechnung für den kostenlosen ÖPNV von 200.000 Euro mal 5 Tage so nicht richtig. Er be-

grüßt daher die Anregung von StR Körner, den kostenlosen ÖPNV auf mehrere Tage auszuweiten.

StR Körner erkundigt sich hinsichtlich einer Formulierung auf Seite 4 der Vorlage (Darstellung der Öffentlichkeitsarbeit), was unter der dort aufgeführten "Einweihung einer permanenten Mobilitätsmaßnahme durch den OB" zu verstehen sei. Herr Forderer betont, die Mobilitätswoche werde bewusst auf die Stadtbezirke ausgedehnt, um das dortige Mobilitätsverhalten zu ändern. Die von StR Körner angefragte Begrifflichkeit liege darin begründet, dass die Mobilitätsmaßnahme beim Bundesumweltamt angemeldet werde. Dieses lege fest, welche Stadt für einen Award nominiert werde. Hierzu müsse eine permanente Mobilitätsmaßnahme nachgewiesen werden, welche dauerhaft nach Ablauf der Mobilitätswoche bestehen bleibe. Derzeit rufe die Verwaltung dazu auf, hierzu kreative Ideen einzubringen. Daher bestehe eine derartige offene Formulierung des Begriffs. Die Rechtsaufsichtsbehörde halte der Stadt vor, so Herr Forderer, sie führe zu viele Ermächtigungsübertragungen in die nächsten Jahre durch. Dies sei der Hintergrund, warum die Stadtkämmerei an die Referate und Ämter diesbezüglich strengere Anforderungen stelle. Die Frage von StR Rockenbauch, ob die Frage der Weiterfinanzierung der halben Stelle sowie die Problematik der Ermächtigungsübertragung in der nächsten Sitzung behandelt wird, bejaht BM Pätzold.

StR Peterhoff äußert die Bitte, dass die Verwaltung hinsichtlich der finanziellen Mittel für die Mobilitätswoche sowie des "Barcelona Superblock" vor der Sitzung des Verwaltungsausschusses eine konkrete Mitteilung per E-Mail verschickt.

Auf Vorschlag einiger Mitglieder des Ausschusses für Klima und Umwelt stellt BM Pätzold fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt verweist ohne Votum diesen Tagesordnungspunkt in die nachfolgenden Gremien.

Zur Beurkundung

Haupt / fr

Verteiler:

- I. S/OB
zur Weiterbehandlung
Strategische Planung
S/OB-Mobil
Klimaschutz
weg. STA, VA, GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
SSB
VVS
 2. OB/82
 3. OB-KB
 4. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
Kulturamt (2)
 5. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
SM
SWS
 6. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
Amt für Sport und Bewegung (2)
 7. Referat JB
Schulverwaltungsamt (2)
Jugendamt (2)
 8. Referat SI
SI-BB
 9. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
 10. Referat T
Hochbauamt (2)
Tiefbauamt (2)
AWS (2)
BBS (2)
 11. BVinnen Mitte, Nord, Ost
BV Süd, West
 12. BezÄ Ca, Bo, De, Feu, Hed,
Mö, Mühl, Mün, Ob, P-B, Si,
Sta, Un, Vai, Wa, Weil, Zu
 13. Rechnungsprüfungsamt
 14. L/OB-K
 15. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS